Sächsische Arbeiter-Zeitung

Expedition: Gerbergasse 1. Expedition geöffnet täglich von 8½ Uhr Vormittags bis 8 Uhr Abends. Telephon-Anschluß Nr. 1769 Amt I.

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Redaktion: Annenstr. 45. Sprechzeit nur von 12—1 Uhr Mittags. Telephonanschluß Nr. 4561.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" erscheint wöchentlich sechsmal; Sonnabends mit dem Beiblatte „Nach der Arbeit" Preis monatlich 60 Pf., Bringerlohn 20 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

Nr. 62. | Anzeigen die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf. | Dresden, Freitag den 16. März 1894 | Auf Anzeigen genehmigen bei wiederholt dreißigmaliger Wiederholung Rabatt. | 5. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

71. Sitzung vom 14. März 1894.

Auf der Tagesordnung steht der Rest der zweiten Berathung des Etats.

Zum Etat der Zölle und Verbrauchssteuern haben die Abgg. Auer und Gen. (Soz.) folgende Resolution beantragt: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch vor der Neubemessung der Jahresmengen an Branntwein, die die einzelnen Brennereien während der Kontingentsperiode zum niedrigeren Satze der Verbrauchsabgabe herstellen dürfen, spätestens bis zum Schlusse des Betriebsjahres dem Reichstage ein nach Steuerdirektionsbezirken und für jeden Steuerdirektionsbezirk nach der Höhe des Kontingents geordnetes Verzeichniß der in § 2 Ziffer 4 des Gesetzes betr. die Besteuerung des Branntweins näher bezeichneten Brennereien vorzulegen, deren Kontingent mindestens 200 hl beträgt, unter Angabe von Namen und Wohnsitz des Unternehmers jeder Brennerei, die nach ihrer Eigenschaft als landwirthschaftliche oder gewerbliche aufzuführen ist."

Die Kommission beantragt, den Ertrag der Zuckersteuer statt auf 70,406,000 M. auf 75,406,000 M. festzusetzen.

Abg. Dr. Paasche (natl.) beantragt, den Ertrag dieser Steuer auf 72 Millionen festzusetzen und begründet den Antrag, weil er nicht überzeugt sei, daß sich 5 Millionen Mehrertrag werden erzielen lassen.

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky will sich nicht auf einen weiteren Kampf mit der Budgetkommission einlassen, bittet aber, sich mit dem Antrag Paasche zu begnügen.

Abg. Richter (freis. Volksp.) weist auf die günstige Zuckerernte des letzten Jahres hin, der Mehrertrag werde sicherlich erzielt werden. Man werde in Voraussicht dessen nicht daran denken können, die Matrikularbeiträge zu erhöhen. Man werde auch weniger außerordentliche Ausgaben machen, wenn man gezwungen sei, sparsam zu wirthschaften.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) wendet sich gegen den Antrag der Kommission, der die Finanzlage nur zu verdunkeln geeignet sei.

Abg. Richter bestreitet, daß der Antrag der Kommission die Finanzlage verdunkele. Es solle eben kein Ueberschuß-Etat aufgestellt werden, sondern ein Etat, der den wirklichen Verhältnissen entspricht. Die Berechnungen des Etats sind ganz unrichtig, denn sie berücksichtigen einen Zeitraum mit, in dem ein ganz anderes Zuckersteuergesetz maßgebend war, als jetzt.

Abg. v. Kardorff: Der Antrag der Kommission ist übertrieben; im einer Zeit, wo alles darniederliegt, sollte man nicht solche Experimente machen.

Abg. Dr. Paasche (natl.) schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Kardorff an.

Abg. Richter hebt hervor, daß alle diese Ausführungen in der Kommission gemacht worden seien, aber gleichwohl die Mehrheit der Kommission den Antrag angenommen habe.

Der Antrag der Kommission wird gegen die Stimmen der Konservativen, eines kleinen Theils des Zentrums und des größeren Theils der Nationalliberalen angenommen.

Abg. Dr. Schönlank (Soz.) begründet die Resolution Auer. Die Agrarier bestreiten, daß sie eine Liebesgabe erhalten; unser Antrag soll das klarstellen. Die Agrarier sagen sogar, sie würden damit bestraft, wir wünschten, immer so bestraft zu werden. Wir wollen endlich einmal wissen, wer die Stipendiaten des Liebesgabenfonds sind. Wir bestreiten gar nicht, daß die Junker nicht gerade gut im Osten gestellt sind; immerhin ist es unerhört, daß Mitglieder der besitzenden Klassen sich auf Kosten gerade der Aermsten bereichern. Wir wissen, daß auch Aktiengesellschaften daran betheiligt sind, z. B. die Brennerei in Gußmannsdorf, die früher dem Minister v. Friedenthal gehörte. Es ist uns auch gleichgiltig, ob ein großbürgerlicher Kapitalist oder ein agrarischer Junker Liebesgabenempfänger ist. Sie auf der Rechten verlangen ein Börsenregister; gut, wir sind damit einverstanden, aber verlangen ein Ähnliches: Liebesgabenempfänger-Register, ein Schnapsbrenner-Register. Sie brauchen dieses Verzeichniß, das vielleicht 400 M. kosten wird, nicht als schwarze Liste anzusehen, wir wollen nur die Wahrheit festgestellt wissen. (Beifall links.)

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Die Regierung glaubt, auf die Resolution nicht eingehen zu sollen. Der Antrag Schönlank verlangt keinen Adreßkalender, sondern eine Proscriptionsliste zu Agitationszwecken. Der Antrag greift in die privaten Erwerbsverhältnisse des Einzelnen so sehr ein, wie man es nirgends anders zulassen würde. Die Regierung würde dieser Resolution keine Folge geben.

Abg. v. Kardorff: Die Differentialsteuer ist keine Liebesgabe, sondern eine Strafe für die Brenner, die über das Kontingent hinausgehen.

Abg. Schönlank (Soz.): Es hat mich außerordentlich gefreut, daß die Regierung so entrüstet ist über schwarze Listen. Bei der Rübenzuckergesetzgebung und während des Sozialistengesetzes hat man diese Entrüstung nicht gekannt. Der Schatzsekretär sagt, bei der Tabaksteuer wollte man die Kontrole auch nicht. Da sollten ja die Leute zahlen, hier handelt es sich darum, die Leute festzustellen, die Gelder bekommen. Wie man sie nennt, ist gleichgiltig. Name ist Schall und Rauch, Trinkgeld bleibt Trinkgeld, ob man es Liebesgabe oder Kontingent nennt. (Beifall links.)

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen abgelehnt.

Der Etat wird dann unverändert bewilligt. Ebenso der Etat der Reichsstempelabgaben.

Es folgt die seinerzeit zurückgestellte Position des Extraordinariums betr. die Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. Referent ist Graf v. Limburg-Stirum. Er giebt ein Bild der Kommissionsverhandlungen, die schließlich zu dem Beschlusse gelangt sei, eine einmalige Ausgabe von 4 Millionen für das Denkmal zu bewilligen und als erste Rate die Summe von 1 Million Mark festzusetzen.

Abg. Frhr. v. Stumm (auf der Tribüne unverständlich): Wir würden gern 8 Millionen bewilligen, schließen uns aber dem Antrag der Kommission an, halten uns aber nicht für alle Zeit gebunden.

Abg. Singer (Soz.) erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie sowohl gegen den Antrag der Regierung wie gegen den Kommissionsantrag stimmen werden. Wir überlassen den Streit den Parteien, die ein Bedürfniß nach dem Denkmal haben, das bei uns nicht vorliegt. Der Reichstag hat zwar eine bindende Stellung zu der Frage einzunehmen, er hat sich aber nicht gebunden, was die Summe und was den Zeitpunkt der Bewilligung betrifft. Selbst wenn man von der Frage absieht, ob man für das Denkmal im Prinzip ist, müßte man zu der Ansicht kommen, daß bei der gegenwärtigen schlechten Finanzlage eine solche Ausgabe nicht angezeigt sei. Die Regierung hat den Wunsch, am hundertjährigen Geburtstag Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1897 das Denkmal zu enthüllen. Will man durchaus eine Verbindung mit jenem Tage herstellen, so solle man doch an diesem Tage den Grundstein legen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter erklärt namens seiner Partei und der süddeutschen Volkspartei, sie seien bereit, die vier Millionen zu bewilligen, wenn die Regierung klipp und klar erklärt, das Denkmal soll umgestaltet werden, und wenn uns die Regierung einen 4 Millionen-Anschlag vorlegt. Wir verlangen, daß ein vollständiges Denkmal errichtet wird und nicht ein Bauwerk, das Nachbewilligungen nöthig macht. Wir haben allen Grund, vorsichtig zu sein, und die Erklärung des Freiherrn von Stumm muß uns noch vorsichtiger stimmen. Das Denkmal ist gedacht als ein Denkmal der Nation, es muß also aus Reichsmitteln errichtet werden, ausgeschlossen sind Beiträge aus der Schatulle, aus einem Lotteriekomitee usw. Das Denkmal soll so werden, wie es die Nation will, nicht wie man es höheren Orts will. Solange die Erklärung seitens der Regierung nicht abgegeben ist, werden wir gegen den Kommissionsantrag stimmen.

Staatsminister v. Boetticher: Ich bin nicht in der Lage, jetzt eine definitive Antwort zu geben. Wenn so wird die Regierung darüber sich schlüssig machen, ob mit dieser Summe ein würdiges Denkmal herzustellen sei. Ist die Regierung der Meinung, daß die Summe nicht reicht, so wird sie mit neuen Forderungen kommen. Das ist schon klar, daß der Bundesrath freudig nicht zustimmen wird, denn der Bundesrath hat dem 8 Millionen-Projekt zugestimmt. Es ist also klar, daß dieses Projekt nicht zur Ausführung kommen kann. Der Denkmalsentwurf steht gar nicht zur Diskussion des Reichstages, dieses Rechtes hat sich das Haus begeben. Es wäre nicht zweckmäßig, auf den Antrag Richter einzugehen. Was die sozialdemokratische Begründung des ablehnenden Standpunktes anlangt, daß über den Entwurf nicht zu streiten sei, so bin ich der gleichen Meinung; wenn Herr Singer noch die schlechte finanzielle Lage anführt, so bin ich darin anderer Meinung. Die Nation hat eine Pflicht der Dankbarkeit zu erfüllen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Manteuffel (kons.): Es ist über nicht die Zeit und der Ort, mit dem Abg. Singer über die Gefühle zu streiten, die uns für den verstorbenen Kaiser erfüllen. Wir stehen auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse und halten es für eine Pflicht der Dankbarkeit, das Denkmal zu bewilligen.

Abg. Singer (Soz.): Im gewöhnlichen Leben tragen diejenigen die Pflichten der Dankbarkeit, die dagegen, wenn Herr v. Manteuffel und seine Freunde die Kosten für das Denkmal aus der eigenen Tasche tragen. (Rufe rechts: Pfui!) Wir haben uns grundsätzlich gegen die Errichtung des Denkmals erklärt, haben nie daran mitgewirkt. Auch wenn das Land im Golde schwömme, würden wir gegen das Denkmal stimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich von der ungünstigen wirthschaftlichen Lage sprach, so wollte ich damit nur die anderen Parteien auf sie hinweisen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Bennigsen (natl.): Die Erklärung des Herrn Singer ist sehr offenherzig. Sie zeigt, wie sich die Sozialdemokraten zur Monarchie stellen. In der Arbeiterklasse werden diese Gedanken keinen Anklang finden. Die Millionen deutscher Arbeiter sind von Dankbarkeit gegen Kaiser Wilhelm I. erfüllt. (Oho bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Lieber (Ztr.): Täglich wird klarer, eine wie tiefe Kluft die übrigen Parteien von den Herren auf der äußersten Linken trennt. (Abg. Singer: Sehr gut!) Dadurch daß die Herren immer offener herausrücken, werden weite Kreise des Volkes vor ihrer Verführung bewahrt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Mit einer Entrüstung, die, wenn sie hier zum Ausdruck gelangen sollte, die parlamentarischen Grenzen überschreiten würde, protestiren wir gegen die Art, wie die Herren hier das Andenken Kaiser Wilhelm I. berührt haben. Wir bewilligen einstimmig die 4 Millionen.

Abg. v. Manteuffel (kons.): Der Abg. Richter hat selber ausgeführt, daß es sich um ein nationales Denkmal handelt. Die Ausführungen des Abg. Singer waren nicht national, sondern international. Warum hat Abg. Singer nicht von vornherein erklärt, daß die Sozialdemokratie prinzipiell kein Fürstendenkmal bewilligt? Warum hat er nur von der wirthschaftlichen Nothlage gesprochen?

Abg. Bebel (Soz.): Unsere Ausführungen über das Kaiser Wilhelm-Denkmal waren weder national, noch international, sie waren antimonarchisch. Aus unserer antimonarchischen, oder was dasselbe ist, aus unserer republikanischen Anschauung haben wir nie das geringste Hehl gemacht. Und da thun die Herren v. Bennigsen und Lieber so, als wenn es sich hier um neue Gedanken bei uns handelte. Herr v. Bennigsen hat gemeint, es sei gut, daß diese unsere Ideen hier zum Ausdruck gelangt seien, in der deutschen Arbeiterklasse würden sie nicht getheilt. Da ist Herr v. Bennigsen in einer argen Selbsttäuschung befangen. Die deutsche Arbeiterklasse weiß sehr genau, wie wir in diesen Dingen denken. Es gehört zum einfachsten ABC des Sozialismus, zu wissen, daß eine sozialistische Gesellschaft sich in letzter Instanz nicht in einer Monarchie verwirklichen läßt. Wir wissen vollkommen, was wir wollen. Glauben Sie nur nicht, daß Sie uns durch diese Debatte auch nur einen Fußbreit Boden in der Bevölkerung nehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Herr Lieber hat von der tiefen Kluft gesprochen, die die übrigen Parteien von uns trennt. Das ist auch nichts neues. Ich erinnere ihn nur an die Zukunftsstaatsdebatten des vorigen Jahres, wo unser Standpunkt in allen Richtungen in so deutlicher Weise zum Ausdruck gekommen ist, daß es nur ein Mangel an Gedächtniß ist, wenn er über unsere Ziele noch im unklaren ist. Aber selbst einmal angenommen, wir ständen, was nicht der Fall ist, auf dem Boden der Monarchie, so wäre doch immer noch zu fragen, ob wir gerade dieser Persönlichkeit ein Denkmal errichten wollen. Daß wir aber einem Manne, der die zwölf Jahre das Sozialistengesetz über uns gebracht hat, nicht ein Denkmal bewilligen werden, das können Sie uns doch wirklich nicht verdenken, das ist für jeden vernünftigen Menschen doch selbstverständlich. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten. Rufe links: Rastatt! Rufe rechts: Pfui!)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Die große Masse des Volkes ist monarchisch und das wird die Sozialdemokratie noch empfinden lernen. Vielleicht wird sie nur bei den Juden für ihre heutige Haltung ernten.

Der Kommissionsantrag wird darauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten und des niederbayrischen Bauernbundes angenommen.

Zum Marine-Etat ist noch die Abstimmung über die Neuforderung Gesatz „Falke" zu erledigen.

Abg. Richter beantragt namentliche Abstimmung.

Präsident v. Levetzow erklärt einen solchen Antrag nicht mehr für zulässig, da die Debatte bereits geschlossen gewesen sei.

Abg. Richter hält seinen Antrag für zulässig.

Die Abgg. Lieber und v. Bennigsen treten der Ansicht des Präsidenten bei, man befände sich in der gleichen Abstimmung, die früher nur unterbrochen worden sei.

Abg. Singer (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß die Abstimmung gar nicht auf der Tagesordnung stande.

Präsident v. Levetzow erklärt, er habe die Abstimmung gestern ausdrücklich verkündet als auf der Tagesordnung stehend. Darauf komme es an, nicht auf das, was etwa unrichtig gedruckt sei.

Abg. Rickert führt einen Präzedenzfall an, der dem Präsidenten recht giebt.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte erklärt Abg. Richter, den Antrag jetzt zurückzuziehen, ihn aber bei der 3. Lesung wieder einbringen zu wollen.

Es wird abgestimmt, die Abstimmung bleibt aber zweifelhaft und es muß gezählt werden. Es stimmen 157 Abgeordnete mit „Nein", 127 mit „Ja". Der Antrag „Falke" ist also abgelehnt. Gegen die Bewilligung stimmten auch einige Konservative unter Führung des Abg. v. Puttkamer.

Beim Etat des „Reichsschatzamtes" beantragt die Kommission folgende Resolution:

„Der Reichskanzler möge veranlassen, daß auf die Reichsbeamten derjenigen Beamtenklassen, für welche im Etat für 1894/95 die Einführung des Systems der Dienstaltersstufen vorgesehen ist, bis zum Inkrafttreten dieses Systems die bisherigen Grundsätze über die Gehaltserhöhung unverändert zur Anwendung gebracht werden."

Feuilleton.

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung. (Nachdr. verb.)

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

(Fortsetzung.)

In dem Gerichtssaale selbst hatte das Aussehen des Publikums sich in diesen fünf Tagen bedeutend verändert. Durch Bitten und Drängen bei ihren hochstehenden Freunden und Verwandten wie auch durch gelegentliche Bestechung eines Wärters war es denen, die gerade fern gehalten werden sollten, gelungen, Zutritt zu erhalten. Sowohl Gefangene als Richter waren, wenn sie auf die Zuhörer blickten, erstaunt, daß sie nicht mehr so durchaus „achtbar" waren wie zuerst. Neben hohen Beamten — von denen einige dick, andere mager waren, alle aber glatt rasirt, wie sich's für Beamte gehört, — unter mit Orden behangten Obersten und Generälen, die das unzweifelhaft loyale Element darstellten, konnte man Leute entdecken, deren Aussehen mehr neutral und hier und da Männer und Frauen, deren Loyalität aller Wahrscheinlichkeit nach von der verschiedenen Farbe war.

In der zweiten Reihe trug die Frau des Gerichtspräsidenten — eine Dame von über allen Verdacht erhabener Loyalität — ein neues rauschendes Seidenkleid, ihre Juwelen, ihr eigenes pausbäckiges, glänzendes Gesicht zur Schau. Sie fürchtete sich schrecklich vor diesen Nihilisten und kann nur, weil ihr eine Freundin gesagt hatte, daß es so entsetzlich interessant werden würde, Sie hinchtete sehr, daß die gefangenen Frauen hier schreien und hysterische Anfälle bekommen könnten, was ihre allzuzarten Nerven angreifen könnte. An der Seite dieser guten Dame sah man ein Mädchen, in der man leicht an dem feinen, ernsten Ausdruck des Gesichts eine Nihilistin erkannte, obgleich sie langes Haar und ein freilich nur zu diesem Zwecke entliehenes, ziemlich feines, blaues Seidenkleid trug. In den hinteren Reihen zeigten sich unverkennbare Nihilistengesichter, Studenten und kurzhaarige, unmodern gekleidete Mädchen. Das lockige Haupt und liebliche Gesicht der Warja Wiennowna war unter ihnen sichtbar. Sie hatte von der Frau eines Gerichtsdieners ihr Billet bekommen. Um die schüchterne Frau zu gewinnen, hatte sie versprochen, im Falle einer Entdeckung zu sagen, daß sie es bei einem Besuche vom Tische genommen habe.

Der Gerichtshof zog sich um halb 11 Uhr Nachts zurück, um in der doppelten Eigenschaft als Richter und Geschworene über die Schuld und die Strafe zu entscheiden. Erst um halb 3 Uhr Morgens traten sie wieder ein. Aber nur sehr wenige von den Zuschauern hatten daran gedacht, fortzugehen. Das Urtheil mußte bestimmt ausgesprochen werden. Sie wußten, daß sie in ihren Erwartungen nicht getäuscht werden würden, und je länger sie warteten, desto weniger fühlten sie sich veranlaßt, fortzugehen. Der Gerichtshof konnte jeden Augenblick zurückkehren und das Publikum wartete und wartete.

Die Zeit schlich langsam dahin, die Luft in dem vollgestopften Saale war sehr schwül, da die Fenster sorgfältig verschlossen waren, um jede Verbindung zwischen dem Publikum drinnen und der draußen stehenden Menge zu verhindern. Dies verlieh dem ganzen Bilde noch mehr den Charakter der Erschöpfung und fieberhaften Spannung. Dazu das graue, trübe Licht des herannahenden Morgens, das den Gerichtssaal unheimlicher als sonst erscheinen ließ. Die sechs Kerzen in silbernen Armleuchtern gaben dem Richtertische ein düsteres, grabähnliches Aussehen.

Das dicht gedrängte Publikum war fast stumm, nur wenige diskutirten über den wahrscheinlichen Ausgang der Debatten, welche vermuthlich in dem Berathungszimmer der Richter zur gleichen Zeit vor sich gingen.

Von der Anklagebank her konnte die schweigende Menge ein Gesumme gedämpfter Stimmen vernehmen. Die Gefangenen wußten, daß man sie nach der Urtheilsfällung trennen und vor dem Tag der Hinrichtung nicht mehr zu einander lassen würde. Sie waren daher bemüht, die kurze Zeit, die sie noch zusammen zubringen durften, auszunützen. Nach ihrem ununterbrochenen und schnellen Gespräch zu urtheilen, schienen sie in bester Laune und nicht im geringsten durch das ihnen bevorstehende Geschick niedergedrückt zu sein. Das Publikum konnte aber keinen von ihnen sehen, da sie alle sechs auf den Holzbänken saßen und von zwölf Gendarmen mit geschultertem Seitengewehr umgeben waren.

Die außerhalb des Gebäudes stehende Menge, welche von den schläfrigen und erschöpften Polizisten sich selbst überlassen wurde, war weder so ruhig, noch so geduldig.

Die unruhigsten Schichten der Bevölkerung hatten sich zusammengefunden. Ihr Sieg über die Polizei hatte sie erregt. Die nihilistischen oder richtiger gesagt die liberalen und fortschrittlichen Elemente waren stark vertreten. Als ein Theil der Menge, durch das lange Warten ermüdet, sich nach Hause begab, wurden die zurückbleibenden Elemente vor dem Gerichtsgebäude zusammengebracht. Viele, die sich zufällig kannten, machten ihren Gefühlen im Gespräche Luft und zeigten dadurch, daß sie noch keine Verschworenen waren.

An einem Fenster zeigte sich ein Taschentuch. „Das Urtheil!" schrie eine Stimme in der Menge. Jedes Geräusch verstummte sofort und die Menge drängte sich mit erhobenen Gesichtern gegen die Fenster. Ihnen verkündete die Stimme eines Beamten, daß die letzte Szene der schamlosen Posse gespielt werde. Der Gerichtshof war im Begriff einzutreten und das Urtheil zu verlesen.

Sich wie ein Mann erhebend, stand das Publikum in athemloser Erwartung da. Todesstille überschlich die vielköpfige Menge. Man konnte fast das Pochen der Herzen vernehmen — die bei den einen in der Todesangst um diejenigen, welche ihnen nahestanden, bei den anderen in der Erregung der dramatischen Spannung des Moments heftiger schlugen.

Einer nach dem anderen, erschienen die sechs Mitglieder des Gerichtshofes auf dem Podium hinter dem langen, grünen Tische, der von den sechs düster flackernden Kerzen beleuchtet wurde.

Ihr Aussehen war nicht so, wie man es bei Richtern, die die Gerechtigkeit handhaben, erwarten sollte. Ihre verstörten, ermüdeten Blicke erweckten eher den Gedanken, daß sie im vollen Bewußtsein eine große Niederträchtigkeit begangen, als daß sie eine strenge, wenn auch peinliche Pflicht erfüllt hätten. Die sechs Gefangenen, die ihnen gegenüber saßen, bildeten entschieden die ruhigere und würdigere Gruppe. Auch diese hatten sich, als der Gerichtshof angekündigt wurde, erhoben und waren von dem Publikum voll zu sehen.

Zuerst sahen aber nur wenige nach ihnen hin. Alle Augen hefteten sich auf den vorsitzenden Richter, der, ein weißes Blatt Papier in der Hand haltend, im Begriff war, die verhängnißvollen Worte auszusprechen. Mit ungewöhnlich hoher Stimme las er die Einleitung, die eine Ewigkeit zu währen schien. Endlich waren die ersten Worte des Urtheils, die gleich einem elektrischen Schlag die Zuhörer durchfuhren, gesprochen.

Der Name Boris fiel zuerst, dann folgte ein langes Gemurmel, dem niemand Aufmerksamkeit schenkte, — es war die Aufzählung seiner Vergehen. Dann eine kurze Pause und das Urtheil — Tod! —

Obgleich niemand Milde erwartet hatte, fiel das Wort dennoch gleich einem Hammerschlag auf die angespannten Nerven.

Dann folgte Wassilij's Name mit einer weniger ermüdenden Aufzählung, denn sie war kürzer, und dann ein neuer Hammerschlag — Tod! Die Nerven werden erschüttert, halten aber Stand.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18940316/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG